

TOP 1 Sanierung der Gehwege
Vorlage: 311/2007

Sitzungsverlauf:

Nach kurzer Einführung durch **Oberbürgermeister Junker** erläutert **Stadtbaumeister Welle**, dass im Rahmen des Programms zur Sanierung der Gehwege im Stadtgebiet, für das Jahr 2007 die Bereiche Carl-Benz-, Rudolf-Diesel- und Nikolaus-Lenau-Straße vorgesehen sind. Die Kosten hierfür belaufen sich auf 54.000,00 EUR. **Stadtbaumeister Welle** hebt die dringende Notwendigkeit der Sanierung der Gehwege in diesen Straßen hervor.

Die Nachfrage von **Stadträtin Maier-Kuhn**, ob es den Gehwegbeauftragten noch gibt, konnte mit ja beantwortet werden. Die Nachfrage von **Stadtrat Muth**, ob die Gehwegsanierung mit anderen Maßnahmen im Leitungsbereich abgestimmt wurde, wird von **Oberbürgermeister Junker** dahingehend beantwortet, dass keine geplanten Maßnahmen in diesen Bereichen bekannt sind. **Stadtbaumeister Welle** ergänzt, dass es sich hier um Prioritätsfälle handelt und um Stellen, die eine gewisse Unfallgefahr bergen.

Beschluss:

1. Die Gehwege in der Carl-Benz-, Rudolf-Diesel- und Nikolaus-Lenau-Straße sind zu sanieren.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahme öffentlich auszuschreiben.
3. Im Haushaltsplan 2007 werden Mittel in Höhe von 54.000,-- EUR bereitgestellt.

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 2 Kanalerneuerung DB-Unterführung Heidelberger-/Schubertstraße Vorlage: 287/2007

Sitzungsverlauf:

Oberbürgermeister Junker erinnert daran, dass dieser Punkt bereits schon einmal auf der Tagesordnung des Technischen Ausschusses stand. Inzwischen sind die Bauarbeiten der Maßnahme im Gange. **Oberbürgermeister Junker** bittet **Herrn Wiedemann** die Abwasserleitungsproblematik zu erläutern.

Herr Wiedemann verweist auf das Eisenbahnkreuzungsrecht, wonach der Leitungsträger die Kosten jeweils zu übernehmen hat, so dass die Stadt Schwetzingen für ihren Kanal verantwortlich ist. Der momentane Kanalverlauf liegt in der 1,80 m breiten Schwergewichtsmauer. Durch den Umbau ergibt sich nun ein Rahmen von nur 30 cm, so dass der neue Kanal in der alten Trasse wieder zum Liegen kommen wird. Für den besseren Zugang werden auf jeder Seite Revisionsschächte eingebaut. **Herr Wiedemann** verdeutlicht, dass diese Leitung wichtig ist, um die Schubert-, Borsig- und Werkstraße zu entwässern. Gleichzeitig gilt dieser Kanal als Rückstaubereich für die August-Neuhaus-Straße. Die anfänglich mitgeteilte Kostenschätzung von 50.000,- EUR kann nach Ausschreibungsergebnis leider nicht mehr aufrechterhalten werden und wir sind, wie dargestellt, aufgrund des Eisenbahnkreuzungsrechts verpflichtet, die Kosten in Höhe von 124.150,00 EUR zu tragen.

Stadtrat Imhof fragt, ob eine Entwässerung nicht im Zusammenhang mit der B 535 möglich erscheint und erkundigt sich, ob gerade an dieser Stelle der Kanal durchgeführt werden muss. **Herr Wiedemann** erklärt, dass die Entwässerung auch an anderer Stelle erfolgen könnte. Die Problematik dabei sind aber die Kosten, denn dann müsste das Gefälle anders geregelt werden und die fehlende Kapazität für starke Regenereignisse zur Entlastung der August-Neuhaus-Straße müsste an anderer Stelle wesentlich teurer kompensiert werden. Die Nachfrage von **Stadtrat Muth**, ob die Dimensionierung des Kanals hier wegen der Starkregenereignisse entsprechend geplant wurde, wurde von **Herrn Wiedemann** bejaht. Die weitere Nachfrage von **Stadtrat Muth**, wie die Entwässerung erfolgt, wenn das Ausbesserungswerk hinzukommt, beantwortet **Herr Wiedemann** dahingehend, dass die Entwässerung dieses Gebietes Richtung Grenzhöfer Weg erfolgen wird.

Oberbürgermeister Junker bittet **Herrn Wiedemann** noch den zeitlichen Ablauf darzustellen. Von Gründonnerstag bis Ostermontag wird innerhalb von 80 Stunden die Rheintalbahn gesperrt und das Rahmenbauwerk, was separat erstellt wurde, im Einschubverfahren verbaut.

Stadtrat Rupp erkundigt sich nach der Ausschreibung und bittet darum, über die nicht zum Zuge gekommenen Bieter und deren Angebote informiert zu werden. **Herr Wiedemann** erläutert, dass im öffentlichen Ausschreibungsverfahren der günstigste Bieter den Zuschlag bekommt. Es könnte natürlich sein, dass ein anderer Bieter, speziell für den Bereich Kanalbau günstiger wäre, aber das hat in diesem Zusammenhang nicht zu interessieren. Wir sind an das Angebot gebunden. Nachdem auch **Stadtrat Rung** darum bittet, Einblick in die Ausschreibungsunterlagen zu haben, bittet **Oberbürgermeister Junker** darum, die Unterlagen zu organisieren und den Sachverhalt zur Information der Räte zusammenzustellen. **Stadtrat Bauer** erkundigt sich interessehalber nach der Technik, wenn keine Unterführung vorhanden wäre. **Herr Wiedemann** erläutert, dass in solchen Fällen eine Durchpressung erfolgen müsste, die jedoch wesentlich teurer wäre.

Beschluss:

1. Die Kosten für die Neuverlegung des Abwasserkanals im Rahmen der Sanierung der DB-Unterführung in Höhe von brutto ca. 124.150 EUR sind von der Stadt Schwetzingen zu übernehmen.
2. Der bisherige Betonbelag soll bei der Neugestaltung durch Granitbelag entsprechend der Treppenanlage ersetzt werden. Mehrkosten entstehen aufgrund des Ausschreibungsergebnisses für die Stadt nicht.
3. Die Kosten sind im Haushaltsplan 2007 bereitzustellen.

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 3 Hildaschule - Dachsanierung 1. Bauabschnitt - Vorlage: 307/2007

Sitzungsverlauf:

Anhand eines Luftbildes erläutert **Stadtbaumeister Welle** die Notwendigkeit der Dachsanierung der Hildaschule. Das Schieferdach stammt aus der Zeit während bzw. kurz nach dem 2. Weltkrieg und ist dringend sanierungsbedürftig. Dies äußert sich durch gebrochene Platten und rostige Nägel. Jedes Mal, wenn Reparaturen notwendig sind, werden durch die Begehung weitere Platten gebrochen. Dieser Zustand ist nicht länger haltbar, so dass, verteilt auf die nächsten Jahre, eine Dachsanierung von rund 450.000,-- EUR notwendig erscheint. Als 1. Bauabschnitt soll nun ein Turmdach in Angriff genommen werden. Kosten hierfür entstehen in Höhe von 60.000,-- EUR. **Stadtbaumeister Welle** führt weiter aus, dass die Dachdeckung auch nicht mehr den Regeln der Technik entspricht. Bei Dachneigungen unter 22°, das Dach hat 21°, ist ein wassersicherer Aufbau erforderlich.

Stadträtin Maier-Kuhn erkundigt sich, ob es Wasserschäden am Gebäude gibt. **Oberbürgermeister Junker** führt aus, dass es Einregenstellen gibt. **Stadtrat Imhof** ergänzt, dass es momentan noch wenige Folgeschäden sind, aber in Zukunft vermehrt damit zu rechnen ist. Auf Nachfrage von **Stadtrat Oliver Völker** erläutert **Oberbürgermeister Junker**, dass es sich nur um die Schalung und Eindeckung handelt, nicht jedoch um die Balkenkonstruktion, da die Maßnahme ansonsten noch wesentlich teurer würde. **Stadtrat Rung** erkundigt sich, ob in dem Zusammenhang an Wärmeisolierung gedacht wurde. **Stadtbaumeister Welle** teilt mit, dass die Hildaschule unter dem Gesichtspunkt der Energieeinsparung untersucht wurde. Sein Vorschlag lautet, die Dämmung von unten aufzubringen. Die Kosten hierfür sind in den genannten Kosten von 60.000,00 EUR nicht enthalten. Insofern ist die Formulierung der Vorlage für **Stadtrat Muth**, wo es heißt „Dachaufbau mit Isolierung“, missverständlich. **Oberbürgermeister Junker** lenkt ein, dass es sich hier um eine Feuchteisolierung und keine Wärmedämmung handelt. **Stadtrat Rupp** ist der Auffassung, die Dämmung in der Ausschreibung mit aufzunehmen und sich zumindest anbieten zu lassen. **Stadtbaumeister Welle** führt aus, dass die Dämmung der Zwischendecke mehr Vorteile bringt, wie die Wärmedämmung am Dach. Die weitere Diskussion unterbindet **Oberbürgermeister Junker** mit der Bitte, die Wärmedämmung inhaltlich von diesem Beschluss zu trennen, womit die Anwesenden einverstanden sind.

Beschluss:

1. Das Turmdach der Hildaschule als 1. Bauabschnitt ist zu sanieren.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Planungsbüro Numerobis einen Honorarvertrag zu schließen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahme öffentlich auszuschreiben.
4. Die Mittel in Höhe von 60.000,-- EUR werden im Haushaltsplan 2007 bewilligt.

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bekanntgaben / Anfragen

Sitzungsverlauf:

4.1. Satellitenschüsseln im Quartier I

Stadträtin Nötting erinnert an die besonderen denkmalschutzrechtlichen Regelungen, gerade im Zusammenhang mit dem beantragten Weltkulturerbe um das Schloss. Sie erkundigt sich, ob die Handhabung von Satellitenschüsseln auch geregelt ist. Nach Mitteilung von **Stadträtin Nötting**, wurde auf dem neu erstellten Gebäude im Quartier I eine riesige Satellitenschüssel aufgestellt. **Stadtbaumeister Welle** erläutert nochmals die verschiedenen Schutzbereiche und Zonen. Der genannte Bereich liegt außerhalb der eigentlichen Schutzzone des beantragten Weltkulturerbes. Herr Welle sagt dennoch eine Prüfung des Sachverhaltes zu. **Oberbürgermeister Junker** bittet auch darum in den Regelungen des Bebauungsplanes für dieses Gebiet nachzuschauen.

4.2 Rauchen an Schulen

Stadtrat Bauer erkundigt sich, ob die Stadt als Schulträger Möglichkeiten hat, hierzu etwas zu beschließen bzw. zumindest ein Votum als Gemeinderat abzugeben. Die Stadt Mannheim beschäftigt sich gerade ebenfalls mit diesem Thema. **Stadträtin Maier-Kuhn** teilt ihre Auffassung mit, dass das aber nur geht, wenn die Lehrer auch mitziehen. Sie gibt zu bedenken, dass die Schüler dann außerhalb des Schulgeländes rauchen würden und somit eine unzumutbare Belastung für die Nachbarn durch die Zigarettenstummel zu befürchten ist. **Stadtrat Imhof** teilt mit, dass sich die Schulleiter mit der Problematik erst dann beschäftigen werden, wenn eine gesetzliche Grundlage vorliegt. **Stadtrat Muth** spricht sich dafür aus, sich mit dem Thema zu beschäftigen und ein klares Votum abzugeben. **Oberbürgermeister Junker** schließt die Diskussion mit seiner Aussage ab, dass die gesetzliche Grundlage abgewartet wird und der Rat sich dann Gedanken um die Umsetzung machen kann.

